

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Volksabstimmung 4

Die Volkswahl des Bundesrates stärkt die Volksrechte.



Asylgesetzrevision 8

Am 9. Juni wird das Volk über die Asylgesetzrevision abstimmen.



Neue Volksinitiative 11

Ja zum Schutz der Privatsphäre. Was will die neue Volksinitiative?



dietschi
DRUCK&MEDIEN OLTEN



Dietschi AG Druck&Medien | Ziegelfeldstrasse 60 | 4601 Olten
Telefon 062 205 75 75 | Telefax 062 205 75 00
www.dietschi.ch | info@dietschi.ch

Nein zur 100-Franken- Autobahnvignette



Der Strassenverkehr wird immer stärker durch Steuern, Gebühren und Abgaben belastet und wird immer mehr zur Milchkuh für alle möglichen Begehrlichkeiten.

Der Bundesrat und eine Mehrheit von National- und Ständerat wollen die Autobahnvignette ab 2015 von heute 40 Franken auf 100 Franken verteuern. Dies entspricht einer Erhöhung von 150%.

Schon heute nimmt der Bund jährlich 9,5 Milliarden Franken durch Steuern, Gebühren und Abgaben des Privatverkehrs (mehrheitlich durch Auto- und Motorradfahrer) ein. Der private Fahrzeugverkehr könnte sich heute kostendeckend finanzieren, es würde sogar ein Überschuss bleiben. Von den 9,5 Milliarden Franken werden aber derzeit 70% zweckentfremdet. Die Gelder der Auto- und Motorradfahrer fliessen grossmehrheitlich in die allgemeine Bundeskasse und in den öffentlichen Verkehr.

Wer mehrere Autos mit Wechselschildern oder mehrere Fahrzeuge (Auto, Motorrad, Anhänger) hat, wie zum Beispiel Unternehmen, wird unverhältnismässig zur Kasse gebeten. Das ist unfair – eine Abzockerei des Privatverkehrs.

Mit der neuen Regelung sollen Ausländerinnen und Ausländer, welche durch die Schweiz fahren, für eine 2-Monatsvignette nur 40 Franken bezahlen, während Schweizerinnen und Schweizer, welche die Autobahn nur sehr wenig benutzen (z.B. Motorradfahrer oder Bootsfahrer mit Anhänger), eine über- teuerte Vignette für 100 Franken kaufen müssen.

Unterschreiben Sie jetzt dieses Referendum. Ein Unterschriftsbogen ist beigelegt.



Das Heft in die Hand nehmen

Der nächste Urnengang ist für jedes Mitglied unserer Partei Pflicht. Es geht unter anderem auch um eine eigene SVP-Volksinitiative. Am 9. Juni 2013 werden wir darüber abstimmen, ob das Volk den Bundesrat künftig selber wählen soll. Es geht dabei um weit mehr als die Frage, ob die Stimmberechtigten alle vier Jahre gleichzeitig mit dem National- und Ständerat auch den Bundesrat an der Urne wählen. Es geht um die Frage, wem wir in diesem Land noch vertrauen, ob der Souverän noch ernst genommen wird und ob sich unsere Regierung künftig tatsächlich um die echten Probleme kümmern wird oder sich weiterhin um die drängendsten Fragen drückt.

Macht der Bundesrat seine Arbeit noch?

Tut der Bundesrat heute genügend, um den unsäglichen Missständen im Asylwesen zu begegnen? Ist er bereit, auf die Sorgen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Zuwanderung einzugehen? Setzt er sich mit Nachdruck dafür ein, dass gegen die Kriminalität vorgegangen wird und wir uns immer und überall in der Schweiz sicher fühlen können? Kämpft er auch gegenüber dem Ausland kompromisslos für die Interessen der Schweiz? Wer hier Zweifel hegt, sollte am 9. Juni auf jeden Fall ein Ja in die Urne legen. Denn nur ein Bundesrat, der dem Volk verpflichtet ist, muss auch Volksentscheide umsetzen und auf die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger eingehen. Nur ein Bundesrat, der vom Volk gewählt ist, setzt sich

für die Unabhängigkeit des Landes und gegen einen von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung nicht gewünschten EU-Beitritt ein.

Beispiel Justizministerin Sommaruga

Über 2 ½ Jahre sind seit der Volksabstimmung über die Ausschaffung krimineller Ausländer vergangen. Das Volk hat unsere SVP-Initiative angenommen, heute ist sie Verfassungstext. Es müsste jetzt vom Parlament ein Gesetz ausgearbeitet werden. Doch von der zuständigen Justizministerin Sommaruga kommt dafür keine Botschaft mit einem Gesetzesvorschlag. Sie macht ihren Job nicht, stattdessen eine Art Arbeitsverweigerung. Müsste Sie in gut zwei Jahren vom Volk bestätigt werden, so bin ich überzeugt, dass sie den Volkswillen besser respektieren und Entscheide schneller umsetzen würde. Bei einer Volkswahl muss sie nämlich den Wählerinnen und Wählern Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen. Wenn diese nicht zufriedenstellend erledigt wird, dann dürfte sie konsequenterweise nicht mehr gewählt werden.

Angst vor dem Volk?

Wer gegen die Volkswahl des Bundesrates ist, hat offenbar in die eigene Bevölkerung kein Vertrauen. Dabei haben unsere Volksrechte und die direkte Demokratie die Schweiz zu dem gemacht, was sie heute ist. Ein wunderbares und freies Land, in dem die Menschen nach ihrem Glück streben können, ein Land, das Perspektiven und Lebensqualität bietet. Föderalismus und die Mitbestimmung der Leu-

te haben massgeblich zum Wohlstand der Schweiz beigetragen. Dies hat auch mit der beschränkten Macht der Politiker zu tun. Diese erlassen nämlich andere Gesetze und sind weniger eigenmächtig, wenn sie wissen, dass das Volk beispielsweise über ein Referendum ein Veto-Recht hat und mit einer Handbremse falsche Entscheide bachabschicken kann.

Geballte Ladung gegen die SVP

Selbstverständlich lehnen die meisten Politiker die Volkswahl ab. Sie wäre ja auch eine Kompetenzverschiebung vom Parlament hin zur Bevölkerung. Die Classe politique und die Medien lehnen die Volkswahl auch darum mehrheitlich ab, weil ihnen das heutige System mit einer Wahl des Bundesrates durch das Parlament mehr Macht und Einfluss garantiert. Denn das Parlament ist anfälliger auf medialen Druck als die Bürgerinnen und Bürger. Es gilt jetzt innerhalb der SVP die Reihen zu schliessen. Gegenüber dem Konzept der anderen Parteien, die Volksrechte immer mehr in Frage zu stellen, braucht es jetzt eine klare Antwort. Die Volksrechte müssen gestärkt und nicht eingeschränkt werden. Darum Ja zur Volkswahl des Bundesrates. Ich danke Ihnen dafür von Herzen.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Toni Brunner'. The signature is fluid and cursive.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Keine kommunistischen Experimente

Ein flexibler und liberaler Arbeitsmarkt, bei dem die Sozialpartner in Verantwortung für die Arbeitsplätze die Rahmenbedingungen setzen, war stets ein grosser Trumpf des Werkplatzes Schweiz. Mit der 1:12-Initiative und der Mindestlohn-Initiative, welche in nächster Zeit zur Abstimmung gelangen, laufen wir Gefahr diesen Trumpf leichtfertig zu verwerfen. In einer Zeit, in der kommunistische Regimes weltweit zum seltenen Auslaufmodell geworden sind, will die schweizerische Linke mit einer Staatswirtschaft untaugliche, sozialistische Rezepte wiederbeleben. von Martin Baltisser, Generalsekretär SVP Schweiz

Mit der 1:12-Initiative und der Mindestlohn-Initiative würde künftig der Staat direkt in die Festsetzung der Löhne von Privatunternehmen eingreifen. Die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wäre damit Geschichte. Der Staat wäre neu für die Festsetzung der Löhne im höheren wie im tieferen Segment zuständig. Die Schweiz würde damit staatswirtschaftliche Prinzipien aus der sozialistischen Mottenkiste übernehmen. Dies wäre für den Werkplatz Schweiz im internationalen Konkurrenzumfeld des 21. Jahrhunderts fatal. Dass selbst besonnene linke Kreise zulassen wollen, dass unser Land zum ideolo-

gischen Spielplatz sozialistischer Jungspunde wird, stimmt bedenklich. Schliesslich geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die hart erungene Sozialpartnerschaft, in der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gezwungen sind, am gleichen Tisch mit ihrem Gegenüber tragbare und konkurrenzfähige Lösungen auszuhandeln. Ein Erfolgsmodell, das der Schweiz bezüglich Arbeitslosenquoten, Jugendarbeitslosigkeit, Haushaltseinkommen und Kaufkraft seit Jahrzehnten Bestnoten einbringt.

Keine unnötigen Konzessionen

Auf keinen Fall sollten nun bürgerliche Kreise der Mindestlohn-Initiative mit einem Gegenvorschlag und weiteren staatlichen Eingriffen in die Sozialpartnerschaft entgegenkommen. Entsprechende Signale der Mitte-Parteien sind unverständlich, denn selbst der Bundesrat redet in seiner Botschaft ans Parlament für einmal Klartext: „Ein nationaler gesetzlicher Mindestlohn im Sinne der Initiative könnte das gute Funktionieren des Arbeitsmarktes gefährden und Arbeitsplätze bedrohen. Da-

durch würde die Integration einiger heute benachteiligter Personenkategorien erschwert. Gewisse Regionen und Branchen wären besonders stark betroffen.“

„Statt die Zuwanderung wirkungsvoll zu begrenzen, wird eine schädliche Symptombekämpfung zu Lasten des Werkplatzes betrieben.“

Martin Baltisser, Generalsekretär SVP Schweiz

Immer mehr Staatseingriffe

Es ist bedenklich genug, dass das eidgenössische Parlament immer häufiger unter dem Stichwort der sogenannten „flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr mit der EU“ vor gewerkschaftlichen Forderungen einknickt: Ausdehnung der Gesamtarbeitsverträge, Solidarhaftung, zusätzliche Bürokratie und Kontrollen. Der flexible Arbeitsmarkt wird fast in jeder Session des Parlaments ein bisschen mehr eingeschränkt und die Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes auf diese Weise geschwächt. Dies ist insbesondere eine Folge der Erpressbarkeit der Mitte-Parteien im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit. Statt die Zuwanderung wirkungsvoll zu begrenzen, wird eine schädliche Symptombekämpfung zu Lasten des Werkplatzes betrieben. Auf diese Weise werden die Mitte-Parteien immer mehr zu Vollzugsgehilfen der Gewerkschaften und der linken Parteien.



Die linken Initiativen schaden der Schweizer Wirtschaft und kosten Arbeitsplätze.

4 Volksabstimmung

Zitat

„Zunahme der Zahl der Beschuldigten aus der nicht-ständigen Wohnbevölkerung“

Pressemitteilung des Bundesamtes für Statistik, 25.03.2013

Zoom

Die Stadt Lausanne ist mit 220 Delikten pro 1'000 Einwohner die Stadt mit der höchsten Kriminalität in der Schweiz.



Zahl

+ 117%

Die Zahl der Straftaten, welche von Personen im Asylbereich verübt wurden, hat sich innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt.



Was sagt der Bund dazu?

Im Jahr 2012 wurden in der polizeilichen Kriminalstatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) 750'371 Straftaten erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Straftaten gegen das Strafgesetzbuch um 9 Prozent zugenommen (+52'026 Straftaten). Bei den Diebstählen war die Zunahme besonders ausgeprägt (+11%, +24'276). Ebenfalls angestiegen sind die Verzeigungen aufgrund von Widerhandlungen gegen das Ausländergesetz (+15%, +4687) sowie, in geringerem Ausmass, gegen das Betäubungsmittelgesetz (+2%, +1651).
Quelle: Bundesamt für Statistik, 25.03.2012

Direkte Demokratie stärken

Die demokratischen Mitwirkungsrechte sind eine Stärke der Schweiz. Das Volk kann immer dann korrigierend eingreifen, wenn es nötig erscheint. Dies bringt uns Stabilität, Rechtssicherheit und zuverlässige Rahmenbedingungen. Davon profitieren alle – Bürger, Wirtschaft und Gewerbe.

Heute werden fast alle Wahlen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene vom Volk wahrgenommen. Wir wählen Gemeinde- und Stadträte, Nationalräte, Ständeräte sowie die Staats- und Regierungsräte. Auch Richter, Betreibungsbeamte etc. werden in der Schweiz oftmals vom Volk gewählt. Dies funktioniert hervorragend und hat kaum je zu Kritik Anlass gegeben.

Nicht immer hatte die Bevölkerung so viele Rechte. Früher wählten die meisten Kantone ihre Regierungen durch das Parlament. Eine Ausnahme bildeten einzig die Landsgemeindekantone. Zwischen 1847 (Genf) und 1921 (Freiburg) gingen aber alle Kantone zur Volkswahl der Kantonsregierung über. In mehrsprachigen Kantonen, wo auf sprachliche Minderheiten Rücksicht genommen werden muss, sind entsprechende Bestimmungen in den Verfassungen verankert. Die Volkswahl der Kantonsregierungen ist heute in sämtlichen Kantonen unbestritten und hat sich bewährt. Die politische Stabilität hat nicht gelitten – im Gegenteil.

Ähnlich verlief die Entwicklung bei der Wahl der Ständevertretungen. Mit Ausnahme der Landsgemeindekantone, welche ihre Ständeräte schon immer an der Landsgemeinde bestellt haben, sind die entsprechenden Zuständigkeiten in anderen Kantonen erst später der Bevölkerung übertra-

gen worden. Zürich ging anno 1869, Genf im Jahr 1893, St. Gallen 1967, Neuenburg 1971 und Freiburg sogar erst 1972 zur Volkswahl der Ständeräte über. Im Kanton Bern wählte der Grosse Rat sogar bis 1977 die beiden Ständeräte.

Nun liegt der Schluss nahe: Wer Gemeinderäte, Regierungsräte oder Ständeräte wählen kann, ist sicher auch in der Lage, den Bundesrat zu wählen. Warum gibt es denn Opposition?

Dass sich viele Parlamentarier gegen die Volkswahl des Bundesrates stellen,

„Wer Gemeinderäte, Regierungsräte oder Ständeräte wählen kann, ist sicher auch in der Lage, den Bundesrat zu wählen.“

Nationalrat Gregor Rutz (ZH)

ist klar: Sie würden Einfluss verlieren. Es wäre nicht mehr möglich, Fäden zu ziehen und in der Nacht vor den Bundesratswahlen Geheimabsprachen zu treffen. Dafür aber würden die Wahlen transparenter und glaubwürdiger.

Das Vertrauen in die Demokratie prägt unser Land – damit sind wir gut gefahren. Eine „Amerikanisierung“ wird nicht stattfinden – die Schweiz funktioniert anders. Wahlkampf-Gags und massiver Geldeinsatz haben in der Schweiz nie funktioniert.

Die Abstimmungskämpfe zur Minder-Initiative, aber auch zur Verwahrungsinitiative sind gute Beispiele dafür, wie auch Anliegen eine Volksmehrheit

erreichen können, wenn nur wenig Geld zur Verfügung steht.

SP-Nationalrat Stefan Gschwind brachte es am 8. Juni 1900 auf den Punkt: „Wir alle wissen, wie die wirtschaftlichen Zustände in Amerika sind, ganz anders als bei uns. (...) Wir dürfen uns nicht wundern, wenn dort die Wahlen mit dem Dollar in der Hand gemacht werden. Das kann man vom Schweizervolk nicht sagen. (...) So dürfen wir nach meinem Dafürhalten ohne Zaudern und Angst dem Schweizervolk die Wahl des Bundesrates übertragen.“ Auch eine EJPD-Studie kam letztlich zum Schluss, dass „der Einfluss des Geldes auf die politischen Entscheide nicht überschätzt werden sollte“ (21.2.2012). Dass der Bundesrat heute das Gegenteil behauptet, ist wenig glaubwürdig.



von Nationalrat
Gregor A. Rutz,
Küssnacht (ZH)

Die Volkswahl des Bundesrates bringt einen Ausbau der Volksrechte und ist ein Vertrauensbeweis ins Volk.

Initiative mit bald 20-jähriger Vorgeschichte

Die Ursprünge der jetzt zur Abstimmung gelangenden Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates gehen – entgegen verschiedenen oberflächlichen Kommentaren in den Medien – weit in die 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Im Sommer 1998 führte die SVP eigens zu diesem Thema einen vielbeachteten Sonderparteitag durch, nachdem die Diskussion über eine Volkswahl bereits in den Jahren davor innerhalb der Partei aufgekommen war und kontrovers geführt wurde. Die Delegiertenversammlung beschloss 1998 nach ausgiebiger Debatte das Thema „Volkswahl des Bundesrates“ weiterzuverfolgen. Daraufhin wurde eine parteiinterne Arbeitsgruppe eingesetzt, welche 1999 einen Bericht über die Möglichkeiten der Einführung der Volkswahl vorlegte, in dem sie den Weg über eine Volksinitiative



vorschlug. Im Januar 2000 stellte die SVP dann anlässlich einer Medienkonferenz ihr Konzept „Die Volkswahl des Bundesrates“ vor. Als Zwischenschritt reichte die SVP-Fraktion 2004 im Parlament Vorstösse zu einer Listenwahl der Bundesräte durch die Eidgenössischen Räte ein. Ein Vorschlag, den sie bereits 1995 auf die politische Agenda brachte. Nachdem die Versuche, im Parlament eine Systemänderung bei den Bundesratswahlen herbeizuführen, gescheitert waren, konkretisierte sich das Projekt einer Volkswahlinitiative. Die Delegierten der SVP Schweiz beschlossen den Grundsatz zur Lancierung einer Volksinitiative schliesslich am 22. August 2009 in Chur mit 358 zu 28 Stimmen. Der Text wurde an der nachfolgenden Delegiertenversammlung in Genf definitiv bereinigt und mit der Unterschriftensammlung Anfang 2010 begonnen.

6 Landesverteidigung

Ständerat Kuprecht zum Gripen:

„Emotionen drängen eine sachliche Debatte in den Hintergrund“

Ständerat Alex Kuprecht (SZ) ist Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates und damit ein Kenner der Materie. *SVP-Klartext* hat ihn bezüglich Gripen und Armee befragt.

Herr Ständerat Kuprecht, man konnte in den letzten Monaten viel über die Landesverteidigung lesen. Wie beurteilen Sie als Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates diese Diskussion?

Alex Kuprecht: Die Diskussion findet im Moment auf einer sehr emotionalen Ebene statt. Einerseits stehen wir vor der von der GSOA lancierten Volksabstimmung über die Abschaffung der Wehrpflicht und andererseits steht der Tiger-Teilersatz mit dem Rüstungsprogramm 2012 auf der parlamentarischen Beratungsliste. Die hochgespielten Emotionen drängen eine sachliche Debatte in den Hintergrund. Die dazu fehlenden, notwendigen finanziellen

Mittel verstärken diese Diskussion zusätzlich.

Wie sind Sie mit der Zusammenarbeit mit dem Departement Ihres Bundesrates zufrieden?

Alex Kuprecht: Die Zusammenarbeit mit dem VBS gestaltet sich im gegenseitigen Respekt. Sowohl Bundesrat Maurer als auch seine Mitarbeiter leisten eine gute Arbeit. Dabei muss festgehalten werden, dass insbesondere der Bereich Verteidigung sich in einer äusserst schwierigen Position befindet.

Wieviele Gripen-Kampfflugzeuge sollen nun beschafft werden und zu welchem Preis?

Alex Kuprecht: Gemäss Botschaft des Rüstungsprogramms 2012 sollen 22 Kampfflugzeuge beschafft werden und die veralteten 54 F-5 Tiger der Luftwaffe ersetzen. Damit würde die Schweiz insgesamt über weniger, aber wesentlich leistungsfähigere Flugzeuge verfügen. Der Fixpreis für die 22 Gripen liegt bei 3 Milliarden Franken. Mit den 22 Gripen und den 33 F/A-18 verfügt die Schweiz danach über insgesamt 55 Kampfflugzeuge. Das ist noch ein Bruchteil der früheren Luftwaffenflotte! Sie genügt aber zur Auftrags Erfüllung.

Weshalb hat der Gripen gegenüber seinen Mitbewerbern gewonnen?

Alex Kuprecht: Der Gripen ist zum einen deutlich günstiger als die beiden Mitbewerber. Der Entscheid des Bundesrates zur Typenwahl orientierte sich daran, ein

geeignetes Kampfflugzeug zu beschaffen, ohne eine helvetische Maximierung der Leistungen anzustreben. Unsere Kommission hat im Rahmen der Diskussion über den Armeebericht darauf hingewiesen, dass dazu rund 1,5 Milliarden Franken fehlen und nur ein geringer Teil des Heeres ausgerüstet ist.

Welches sind für Sie die wichtigsten Eckpunkte, damit wir eine einsatzfähige Armee für unsere Schweiz haben?

Alex Kuprecht: Der Entscheid des Parlamentes für 100'000 Angehörige der Armee sowie einen Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken ist der personell und finanziell zwingende Eckwert. Hinzu kommt eine den sicherheitspolitischen Verhältnissen angepasste Einsatzdoktrin

„Die Zusammenarbeit mit dem VBS gestaltet sich im gegenseitigen Respekt. Sowohl Bundesrat Maurer als auch seine Mitarbeiter leisten eine gute Arbeit.“

Ständerat Alex Kuprecht (SZ)

mit der entsprechenden Organisation für friedens- und Ernstfallzeiten. Die Ausbildung muss der heutigen Zeit entsprechen und die Aufgebotsorganisation jederzeit flexibel und lagegerecht sein.

Im März 2013 hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat die Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht abgelehnt. Was sagen Sie dazu?

Alex Kuprecht: Die Gewährleistung einer funktionierenden Verteidigungsarmee ist ohne eine Wehrpflicht nicht möglich. Auf der Basis der Freiwilligkeit ist dies nicht machbar. Die von der GSOA lancierte Initiative ist eine verkappte Abschaffung der Armee und ist deshalb entschieden abzulehnen.



„Die von der GSOA lancierte Initiative ist eine verkappte Abschaffung der Armee“, sagt Ständerat Kuprecht.

Nein zu noch mehr Abgaben

Nein zu einer Gebührenerhöhung von 150 Prozent, Nein zu immer mehr Abgaben, Gebühren und Steuern beim Privatverkehr, Nein zu massiven Kostenfolgen für KMU und Nein zur Bevorzugung von Ausländerinnen und Ausländern!

Wussten Sie, dass das Schweizer Stimmvolk 1985 nur Ja zur neuen Autobahnvignette sagte, weil damals von einer provisorischen und auf einige Jahre beschränkten Massnahme als Hilfe für die gebeutelte Bundeskasse die Rede war?

Zehn Jahre später wurde die Vignette auf unbestimmte Zeit verlängert und gleichzeitig die Gebühr von 30 auf 40 Franken erhöht. Jetzt sollen die Strassenbenutzer auf zwei und vier Rädern weiter ge-

senbenutzer vorerst kein Mehrwert entsteht. Denn, ob das zusätzliche Geld tatsächlich für den angekündigten Ausbau des Nationalstrassennetzes gebraucht werden wird, ist eine andere Frage. Zudem werden schon heute die effektiven Strassenkosten von den Benutzern des privaten Motorfahrzeugverkehrs zu 115 Prozent gedeckt; die Eigenwirtschaftlichkeit ist also gewährleistet.

Mittel der Strasse zweckentfremdet

Der Verkehr auf den Schweizer Strassen hat stark zugenommen. Innert 20 Jahren hat sich die Frequenz auf den Autobahnen verdoppelt. In dieser Zeit ist auch die Bevölkerung, vor allem durch die Zuwanderung, um eine Million Personen gewachsen. Die Strasseninfrastruktur hinkt dieser Entwicklung jedoch stark hinterher. Die Verkehrswege müssen dringend der neuen Situation angepasst, respektive ausgebaut werden, ansonsten wird es



© 2013 - Karl-Heinz Hug

Die Nationalräte Nadja Pieren (BE) und Walter Wobmann (SO) kämpfen gegen mehr Abgaben.

schröpft werden, und zwar massiv. Mit einer Erhöhung auf 100 Franken, was einer Steigerung um 150 Prozent entspricht, sollen wegen der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen die Mehrkosten beim Bund auf die Verkehrsteilnehmer abgewälzt werden und das, obwohl substantiell für die Stras-

zu einem regelrechten Kollaps kommen. Der notwendige Ausbau wird zweifellos viel Geld kosten. Es wird nun versucht, die Verkehrsabgaben, wie z.B. den Preis für die Autobahnvignette und den Treibstoffzollzuschlag, schrittweise zu erhöhen. Ist dies aber auch berechtigt und notwendig? Betrachtet man die aktuellen



Abgaben beim Privatverkehr etwas genauer, kommt man schnell zum Schluss, dass dieser heute schon Riesensummen an den Staat abgibt. Die Gesamteinnahmen des Bundes aus Strassen-, Auto- und Motorradsteuern beliefen sich 2011 auf nahezu 9,5 Milliarden Franken. Das waren rund 270 Millionen Franken mehr als im Jahr zuvor und entspricht fast einem Sechstel der gesamten Fiskaleinnahmen des Bundes. Rund 4 Milliarden flossen in die allgemeine Bundeskasse und 2 Milliarden gingen an den öffentlichen Verkehr. Dazu kommen noch rund 2 Milliarden Franken von den Motorfahrzeugsteuern in den Kantonen. Die Steuerbelastung pro Liter Benzin und Diesel beträgt gegen 90 Rappen, also rund 50 Prozent des Gesamtpreises.

Nun muss zuerst auch beim Privatverkehr, wie bei der Bahn, bezüglich Ausbau, Kosten und Finanzierung eine Gesamtschau gemacht werden. Planlose und scheinbarweise Erhöhungen von einzelnen Abgaben, wie der Autobahnvignette, des Benzinpreises oder der Fahrzeugimportsteuer wie auch die Zweckentfremdung der Strassengelder sind entschieden abzulehnen. Es ist nun höchste Zeit für eine gesamtschweizerische, öffentliche Diskussion. Das Volk soll auch hier das letzte Wort haben dürfen.



von Nationalrat Walter Wobmann, Gretzenbach (SO)

8 Asylgesetzrevision

Wer kann vor diesen Tatsachen noch...

Am 9. Juni 2013 stimmen wir über eine minimale Verbesserung des Asylrechts ab. Um die Probleme wirklich zu lösen, müsste aber noch viel weiter gegangen werden. Die Missstände im Schweizer Asylwesen müssen grundsätzlich und unverzüglich angegangen werden. Ein Ja zur Abstimmungsvorlage ist jedoch ein erster Schritt dazu.

Es gal, ob Sie eine Zeitung aufschlagen oder ob Sie sich Statistiken betr. Kriminalität in unserem Land ansehen. Sie stossen immer wieder auf die gleichen Tatsachen: Die Kriminalität in der Schweiz steigt und steigt. Gemäss Experten befindet sich die Schweiz im europäischen Vergleich bereits im vorderen Mittelfeld. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist gefährdet!

„Von 2010 bis 2012 haben die durch Personen im Asylbereich begangenen Straftaten um 117% zugenommen. Was läuft hier falsch?“

Nationalrätin Yvette Estermann (LU)

Die „Neue Luzerner Zeitung“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 26. März: „Laden-, Taschen- und andere Diebe greifen immer häufiger zu. Dabei geht die letztjährige Zunahme der Straftaten um 11 Prozent, fast ganz auf das Konto von Asylbewerbern“.

Hans-Jürg Käser, Präsident der Konferenz der kantonalen Justiz- und Po-

lizeidirektoren sagte dazu: „Durch Asylsuchende verübte Straftaten im Bereich der Kleinkriminalität haben stark zugenommen.“

Von 2010 bis 2012 haben die durch Personen im Asylbereich begangenen Straftaten um 117% zugenommen. Was läuft hier falsch?

Was können die Gründe für diese unbefriedigende Situation sein?

Gründe für die starke Zunahme der Straftaten, dürften bei den offenen Grenzen durch die Mitgliedschaft im Schengen-Raum liegen. Speziell in der Westschweiz kommt noch das Problem der kriminellen „Sans-Papiers“ dazu. Die hohen Gesuchszahlen in der Schweiz hängen mit der grossen Attraktivität unseres Landes zusammen. Viele Personen suchen bei uns nicht Zuflucht vor Verfolgung, sondern ein besseres Leben mit guten Sozialleistungen.

Mit dieser Vorlage wurden unter anderem folgende Verschärfungen vom Parlament verabschiedet:

- Wehrdienstverweigerung** ist kein Flüchtlingsgrund mehr. Damit reagiert das Parlament auf den Beschluss der damaligen Asylrekurskommission (heute Bundesverwaltungsgericht), dass Wehrdienstverweigerer aus Eritrea immer als Flüchtlinge gelten sollen. Der damalige Entscheid hatte zur Folge, dass Tausende Eritreer (oder solche die vorgaben es zu sein) in der Schweiz ein Asylgesuch stellten und praktisch immer als Flüchtlinge anerkannt wurden.
- Auf **Schweizer Botschaften** können keine Asylgesuche mehr gestellt werden. Die Schweiz war noch das einzige Land Europas, welches Asylgesuche in Botschaften im Ausland entgegen nahm. Dies hatte dazu geführt, dass



Quelle: Kriminalitätsstatistik 2012

Worüber stimmen wir am 9. Juni 2013 ab?

Von linker Seite wurde das Referendum gegen die von der Bundesversammlung als dringlich erklärte Vorlage zur Änderung des Asylgesetzes ergriffen.

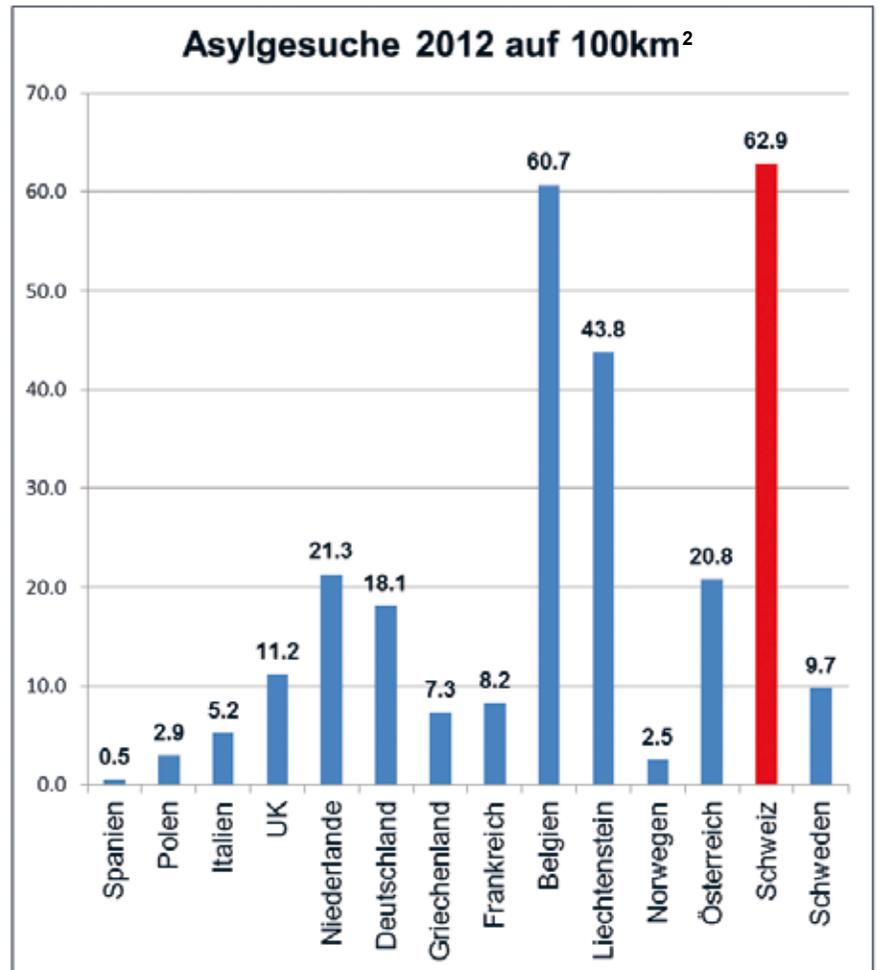
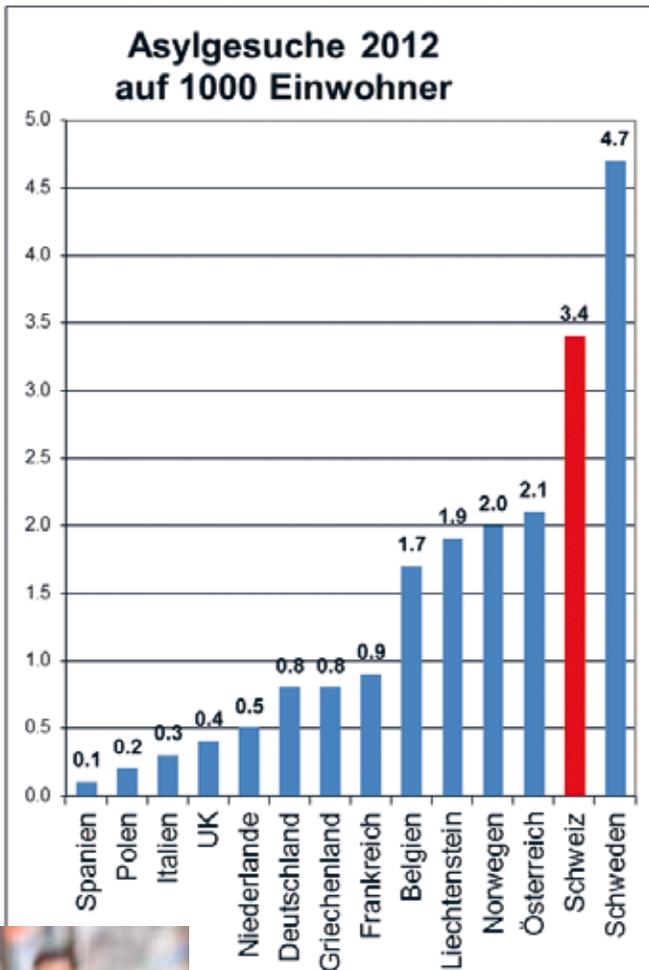


Die Schweiz gehört in Europa zu den Ländern mit den meisten Asylgesuchen.

oft auch Personen ohne Flüchtlingsgrund ein Gesuch stellten, welches behandelt werden musste.

Doch die Augen verschliessen?

Doch nicht nur die Kriminalität ist hoch in der Schweiz, sondern auch die Gesuchszahlen generell (Zahlen der UNHCR für 2012):



3. Renitente Asylbewerber können in **besonderen Zentren** untergebracht werden. Diese „besonderen“ Zentren sollen weniger Freiheiten und Annehmlichkeiten bieten.

aber die SVP mit vielen zentralen Forderungen nicht durchsetzen. So wollte die SVP nicht nur „besondere“ Zentren für renitente Asylbewerber, sondern geschlossene. Dies hätte wirklich eine abschreckende Wirkung gehabt und die Sicherheit der Bevölkerung erhöht. Auch betreffend Senkung der Attraktivität der Schweiz als Zielland konnte die SVP wichtige Massnahmen nicht durchbringen, so forderte sie bspw. die Abschaffung des Familienasyls, die Aufhebung der Härtefallregelung und generell nur Nothilfe für Asylsuchende. Diese Forderungen müssen nun auf anderem Wege weiterverfolgt werden.

Fazit

Die Revision beinhaltet einige wichtige Punkte. Leider geht sie nicht weit genug, um wirkungsvoll die Probleme im Asylwesen zu lösen. Weitere Massnahmen müssen angegangen werden. Dennoch ist die Revision ein erster Schritt in die richtige Richtung und sollte unterstützt werden.

ndern mit den meisten

In der nicht dringlich erklärten Vorlage (gegen diese Vorlage wurde kein Referendum ergriffen) wurden weitere Verbesserungen durchgebracht. Leider konnte sich



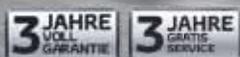
von Nationalrätin
Yvette Estermann,
Kriens (LU)

DAS WELTBESTE FAMILIENAUTO. DER NEUE TOYOTA VERSO.



TOYOTA

ALWAYS A
BETTER WAY



ENTDECKEN SIE DAS IN ALLEN ASPEKTEN BESTE FAMILIENAUTO.

- Beste Sicherheit dank 7 Airbags, ABS mit elektronischer Bremskraftverteilung, Traktionskontrolle (TRC) und elektronischem Stabilitätsprogramm (VSC+).
- Vielseitig variables Raumwunder mit 7 vollwertigen Einzelsitzen, die sich auf einfachste Art in verschiedensten Konfigurationen anordnen lassen.
- Grösstes Panorama-Glasdach flutet Licht ins Auto und lässt Sie das Gefühl von Freiheit spüren.
- Modernstes Toyota Multimedia-System mit 6,1-Zoll-Farbdisplay, inkl. Bluetooth® und serienmässiger Rückfahrkamera (ab Luna).
- Nur 4,9 Liter/100 km Verbrauch beim 2,0 Liter D-4D DPF. Mehr Fahrspass mit kraftvollen 177 PS beim 2,2 Liter D-CAT.

Toyota Verso ab Fr. 23'300.-* (inkl. Fr. 3'500.- Cash Bonus und Fr. 1'000.- Eintauschprämie). Mit 3,9% Leasing: Fr. 244.- pro Monat.*
Jetzt Probe fahren!



toyota.ch

*Empfohlener Netto-Verkaufspreis nach Abzug von Cash Bonus und Eintauschprämie**, inkl. MwSt. Verso Terra 1,6 Valvematic, 97 kW (132 PS), 5-Türer, 6-Gang-Getriebe manuell, Fr. 27'800.- abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'500.- und Eintauschprämie von Fr. 1'000.- = Fr. 23'300.-, Leasingzins Fr. 244.00, Ø Verbrauch 6,6 l/100 km, Ø CO₂-Emission 154 g/km, Energieeffizienz-Kategorie D, Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 153 g/km. Abgebildetes Fahrzeug: Verso Sol 1,8 Valvematic, 108 kW (147 PS), Fr. 38'400.- abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'500.- und Eintauschprämie von Fr. 1'000.- = Fr. 33'900.-, mtl. Leasingzins Fr. 355.00. Leasingkonditionen: effektiver Jahreszins 3,97%, Leasingzins pro Monat inkl. MwSt., Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung 20%, Kautions vom Finanzierungsbetrag 5% (mindestens Fr. 1'000.-), Laufzeit 48 Monate und 10'000 km/Jahr. Weitere Berechnungsvarianten auf Anfrage. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Die Verkaufsfaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung bis 30. Juni 2013 oder bis auf Widerruf. Nur bei den teilnehmenden Toyota Partnern. **Bei Eintausch Ihres aktuellen Fahrzeugs (PW) durch den Toyota Partner und Kauf eines neuen Verso. Die Eintauschprämie wird vom Verkaufspreis des Verso Neuwagens abgezogen.

Ja zum Schutz der Privatsphäre

Der Schutz der Privatsphäre ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Freiheit und Ausdruck eines urschweizerischen Staatsverständnisses: Die Bürgerinnen und Bürger stehen in unserem Land im Mittelpunkt. Der Staat ist für die Bürger da. Und nicht umgekehrt. von Thomas Matter, Meilen (ZH)

Bis anhin war klar: Der Staat hat innerhalb der Privatsphäre seiner Bürger nichts zu suchen. Es sei denn, es besteht der begründete Verdacht eines Vergehens oder Verbrechens. Zur schützenswerten Privatsphäre gehört auch der finanzielle Bereich. Darum hat die Schweiz schon 1934 das Bankkündengeheimnis gesetzlich verankert. Wenn die finanzielle Privatsphäre nicht geschützt ist, sind auch die übrigen Bereiche der Privatsphäre gefährdet.

Bankgeheimnis in Gefahr

Noch 2008 galt das Bankkündengeheimnis für den Bundesrat als „nicht verhandelbar“. Der Finanzminister verkündete: „Das Ausland wird sich an diesem Bankgeheimnis noch die Zähne ausbeissen.“ Bereits ein Jahr später wurde die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung gegenüber dem Ausland aufgehoben. Kurz danach liess man sogar Gruppenanfragen zu, was das faktische Ende des Bankkündengeheimnisses für im Ausland wohnende Personen bedeutete. Und gegenwärtig will unsere Finanzvorsteherin bereits den automatischen Informationsaustausch zum Thema machen. Der automatische Informationsaustausch ist das Mittel und Instrument zum vollumfänglich gläsernen Bürger!

Bürgerliche wollen Privatsphäre schützen

Diese bedrohliche Entwicklung hat bürgerliche Politikerinnen und Politiker von SVP, FDP und CVP bewogen, eine Initiative zum Schutz der Privatsphäre zu lancieren. Durch die Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“ soll verfassungsmässig garantiert werden, was bislang als selbstverständlich galt: der Anspruch jeder Person auf den Schutz der Privatsphäre. Die Bundesverfassung soll ganz allge-

mein den Schutz der Privatsphäre garantieren. Dabei geht es zum Beispiel um das Arzt- und Apothekergeheimnis, das Anwalts- und Revisorgeheimnis, das Amtsgeheimnis, Berufsgeheimnis, Seelsorgegeheimnis und natürlich auch das Bankkündengeheimnis.

Neu soll für Personen mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz ausdrücklich auch der Schutz der finanziellen Privatsphäre festgehalten werden. Dies bringt u.a. zum Ausdruck, dass der automatische Informationsaustausch unvereinbar ist mit der finanziellen Privatsphäre.

Kein Schutz für Steuerbetrüger und Steuerhinterzieher

Die Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“ wird – genau wie das heutige Bankkündengeheimnis und Steuergesetz – weder Steuerbetrüger noch Steuerhinterzieher schützen. Wenn der begründete Verdacht eines Verbrechens oder Vergehens besteht, müssen Banken den Behörden Auskunft erteilen. Der Steuerbetrug ist ein solches Vergehen und wird von der Strafbehörde verfolgt, während die Steuerhinterziehung von der Steuerbehörde verfolgt wird.



Thomas Matter ist Unternehmer, Präsident der Neuen Helvetischen Bank AG und der Mattergroup AG sowie Quästor der SVP des Kantons Zürich.

Wie in vielen andern Staaten besteht leider auch in der Schweiz die verhängnisvolle Tendenz, immer mehr in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Die Schweiz hat sich immer für die Bewahrung von möglichst viel persönlicher Freiheit eingesetzt. Es ist nun an der Zeit, dass wir das Volk sprechen lassen. Ich bitte Sie darum, die Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“ zu unterschreiben.

Schluss mit der Abzockerei der Strassenverkehrsteilnehmer

Als 1964 die ersten Autobahnen gebaut wurden, musste die Strasse vom Bund einen Kredit aufnehmen, der Kredit musste verzinst werden. Auf Treibstoff wurde zusätzlich eine Sonderabgabe erhoben. Mit dieser Sonderabgabe war Tür und Tor für die Abzockerei des Individualverkehrs geöffnet.

Weder Autoverbände noch Parteien haben sich bislang effizient gegen diesen masslosen Raubzug gegen den Strassenverkehr gewehrt. Die finanzielle Belastung des privaten Verkehrs ist horrend. Nicht genug damit: Der „Hunger“ der Politik ist noch immer ungestillt. Die Vignette soll um 150% verteuert werden, von 40 auf 100 Franken. Der geneigte Leser weiss, welcher Aufschrei durch die rote und grüne

„So geht es nicht weiter! Die Politik lässt den Strassenverkehr im Stich.“

Nationalrat Ulrich Giezendanner (AG)

Bevölkerung geht, wenn der Bahnpreis um 5 oder 6% erhöht werden soll.

Benzinpreis bald Fr. 12.-/Liter?

Vor wenigen Tagen hat ein wirrer ETH-Professor einen Benzinpreis von Fr. 12.-/Liter gefordert. Der von Steuerzahlern finanzierte Professor wurde in seiner Forderung massgeblich vom VCS unterstützt. Dass grosse Tageszeitungen diesem weltfremden Akademiker sogar die Titelseite widmeten, war zu erwarten.

Der Stau auf Schweizerstrassen hat in den letzten Jahren von 5'000 auf rund 20'000 Stautunden zugenommen. Wenn die Bevölkerung wächst, braucht

man mehr Infrastrukturen - Schienen und Strassen! Warum wächst die Bevölkerung schneller als die Infrastrukturen? Diese Frage ist wie folgt zu beantworten:

- Rund **90%** der Personentransporte erfolgen auf der Strasse. Durch die rot/grün gefärbte Politik nach dem katastrophalen(?) Waldsterben (das nachweislich nie stattgefunden hat...) wurde aber nur noch

sehr spärlich in den Strassenbau investiert. Die grossen Investitionen wurden im Bahnbau gemacht (Bahn 2000, NEAT). Die Verteilung in Bezug auf die Personentransporte auf Strasse und Schiene hat sich aber auch nach der Realisierung der Bahnprojekte **nicht geändert**.

- Damit die schweren Brummer von der Strasse verschwinden! Mit diesem Slogan haben rote, grüne und linksliberale Politromantiker damals für die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) im Abstimmungskampf geworben. Die LSVA wurde per Volksentscheid und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen eingeführt. Der Strassenverkehr liefert jedes Jahr rund 1,5 LSVA-Milliarden für die Schiene ab. Die Versprechungen der genannten Politiker konnten nicht eingelöst

werden. Der Strassentransport ist trotz der horrenden Belastung (jeder LKW muss pro km – leer oder beladen - ca. einen Franken LSVA bezahlen) weiter gewachsen. Im alpenquerenden Verkehr hat die Schiene jährlich Marktanteile verloren, die Strasse hat gewonnen. Trotz dieser unumstösslichen Tatsache wird munter weiter in die Schiene investiert. Wenn von einer zweiten Tunnelröhre am Gotthard gesprochen wird, dann verfallen grüne und rote Kreise in eine Hysterie ohne Gleichen.

Fazit

Der Strassenverkehr übernimmt zu 90% das Gesamtverkehrsaufkommen. Der Individualverkehr bezahlt weitgehend die Infrastruktur der Schiene. Zusätzlich wird mit Strassengeldern die Bundeskasse alimentiert...

So geht es nicht weiter! Die Politik lässt den Strassenverkehr im Stich. Die Strassenverkehrsverbände müssen handeln!

Aber wie? Die Antwort ist klar: Mit der Milchkuhinitiative. Was der Strassenverkehr bezahlt, das muss dem Strassenverkehr wieder zu Gute kommen.



von Nationalrat Ulrich Giezendanner, Rothrist (AG)



Helfen Sie mit, unterschreiben sie noch heute die „Milchkuhinitiative“

WWW ■ **milchkuh-**
initiative.ch

Auszüge aus den Kommissionen

In der Zeit zwischen den Sessionen werden alle politischen Entscheide vorgespurt. Der Bundesrat und die parlamentarischen Kommissionen bereiten die Geschäfte vor und legen die Weichen für die Beschlüsse in den Sessionen. Trotz einigen Erfolgen blieben die SVP-Vertreter aber auch oft bei wichtigen Fragen in der Minderheit.

Das hat die SVP erreicht:

Rahmengesetz für Sozialhilfe in Kommission abgelehnt

Die Sozialhilfe ist in der Schweiz traditionell und richtigerweise auf Stufe der Gemeinden und Kantone angesiedelt, weil man dort die Hintergründe und Umstände der jeweiligen Fälle am besten kennt. Eine Vereinheitlichung durch ein nationales Rahmengesetz für Sozialhilfe ist unnötig und erhöht die Gefahr, dass es zu einem landesweiten kostspieligen Leistungsausbau in diesem Bereich kommt. Nachdem der Nationalrat dieser Motion zugestimmt hat, empfiehlt die Gesundheitskommission des Ständerats den Vorstoss nun richtigerweise zur Ablehnung.



Finanzierung der Strasseninfrastruktur langfristig sichern

Mit 15 zu 9 Stimmen hat die Verkehrskommission des Nationalrates einem Vorstoss von Nationalrat Ulrich Giezendanner zugestimmt, welcher für den Ausbau der Strasseninfrastruktur, analog zum Schienenverkehr, einen Fonds fordert. Damit soll die Strasse endlich genügend Mittel für die dringend nötigen umfangreichen Investitionen für die Zukunft erhalten.

Das haben wir den Mitte-Parteien zu verdanken:

Kommission gegen Anrufung der Ventilklausel

Anlässlich der Konsultation der Aussenpolitischen Kommission durch den Bundesrat hat sich deren Mehrheit gegen eine Weiterführung der Ventilklausel gegenüber der EU-8 und gegen eine Anrufung der Klausel gegenüber der EU-17 ausgesprochen. Die Furcht vor negativen Auswirkungen auf die Beziehungen zur EU und die blauäugige Überzeugung, dass die flankierenden Massnahmen die negativen Auswirkungen der Zuwanderung abzufedern vermögen, obsiegt einmal mehr. Die SVP ist sich zwar bewusst, dass die Wirkung der Ventilklausel äusserst beschränkt ist, befürwortet aber deren Anrufung als Zeichen gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung. Ausserdem wurde dem Schweizer Volk bei den Abstimmungen zur Personenfreizügigkeit stets versprochen, diese würde bei einer übermässigen Zuwanderung angerufen. Dies gilt es nun einzuhalten.

Keine Kürzung der Mittel für die Entwicklungshilfe

Im Rahmen der Beratung des Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspakets hat sich die Aussenpolitische Kommission mit 15 zu 9 Stimmen gegen eine Kürzung der Mittel für die Entwicklungshilfe ausgesprochen. Anstatt endlich nach der Wirkung dieser jährlichen Milliardenausgaben zu fragen, will die Mehrheit der Kommission weiter an Ausschüttungen im Giesskannenprinzip festhalten. Hauptsache, man kann im Ausland als Weltverbesserer eine gute Figur machen.



Entdecken Sie den neuen Online-Shop der SVP



**INSERIEREN SIE IM
SVP-KLARTEXT ODER
IM FRANCO-PARLER**

**Ganzseitiges Inserat gelesen von
70'000 Abonnenten für Fr. 5'000.-**

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 70'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer **031 300 58 58** oder per E-Mail an klartext@svp.ch. Unsere Zeitung gibt es auch online auf www.svp.ch

A3-Farb-Drucker, -Kopierer, -Scanner, -Telefax

OKI MC861CDXN



bis 5 Jahre Onsite-Garantie

34 Seiten./min. (26 farbig)
3 Kassetten Standard, Vorrat 1500 Blatt
Stapel-Einzug für 100 Blatt
Original-Einzug 50 Blatt
doppelseitig drucken/kopieren
Zoom 25-400% (Visitenkarte -> A4)
40 GB Festplatte
Zugriffsrechte Farbe steuerbar
Papiergewicht bis 200g
Couverts, Folien, Etiketten

Hervorragende Druckqualität

Perfekt für Fotos: ProQ2400
High-Speed USB, Netzwerk
500 Kurzwahl-Nr.für Fax

Kopien <10 Rp. farbig bzw.
< 1,3 Rp. s/w dank Flexrate
+ vieles, vieles mehr

**dank geringen
Folgekosten meist
günstiger als A4
Farbdrucker**

für SVP-Mitglieder:

Sensations-Preis 2690.00

nach Fr. 700.00 Cashback

exkl. MWSt. **Solange Vorrat.** Preisgünstige Lieferung und Installation (ganze Schweiz). Bereits 140 begeisterte Kunden.

OCOTEX AG, 6343 Rotkreuz

041 799 50 00

info@ocotex.ch

GOAL GLOSSAR

Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei...

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf /ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 65'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Grangier | Bildquellen: SVP Schweiz, Dietschi AG Druck&Medien, Parlamentsdienste 3003 Bern, Peter Schaub, Karl-Heinz Hug

Berufswelt und Volksschule

Die wirtschaftliche Krise in Europa hält an, ein Ende ist nicht in Sicht. Unmittelbar nach Ostern konnten wir den Medien entnehmen, dass die Arbeitslosigkeit in den 17 Euro-Ländern im Februar die Rekordmarke von 12 Prozent erreicht hat. Bei den jungen Menschen sieht es noch schlimmer aus: Beinahe ein Viertel der unter 25-Jährigen ist arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit bei uns beträgt 3.4 Prozent respektive 3.6 Prozent bei den unter 25-Jährigen.

Zu diesem hervorragenden Zustand der Wirtschaft in der Schweiz tragen massgeblich die Ausbildung und die Fähigkeiten der Schweizerinnen und Schweizer bei. Bildung und Ausbildung sind unbestrittenermassen eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes. Wir verfügen mit dem dualen Bildungssystem, d.h. mit der Kombination von allgemeiner und theoretischer Bildung an Schulen sowie praktischer Ausbildung in Betrieben bzw. Unternehmungen, über ein erfolgreiches Bildungskonzept.

Doch Euphorie und Selbstbeweihräucherung sind auch bei uns absolut fehl am Platz. Unser Bildungssystem und damit auch die Zukunft unserer Jugend sind gefährdet. Aus der Wirtschaft, mehren sich die Klagen, wonach der „Rucksack“ der Schulabgänger zwar von Jahr zu Jahr schwerer, aber leider mit viel unnötigem Ballast statt mit dem notwendigen Rüstzeug bepackt werde. Damit ist gemeint, dass das Grundwissen, die unabdingbaren Fähigkeiten, aber auch die Leistungsbereitschaft der Schulabgänger im Schnitt laufend abnehmen. Damit zerbröckelt das Fundament, welches für den Erfolg der beruflichen Ausbildung nach der Volks-

während unsere Jugend in die Arbeitslosigkeit und die Sozialwerke fällt.

Die SVP nimmt die Mängel im Schulsystem sehr ernst und hat ihre Bildungskommission beauftragt, gemeinsam mit Unternehmen und deren Lehrlingsverantwortlichen die Probleme zu analysieren und anschliessend einen Lösungsweg auszuarbeiten. Unter dem Titel „**Berufswelt und Volksschule**“ wurde kürzlich ein Positionspapier vorgestellt, welches unter Einbezug von Lehrern, Lehrlingsausbildnern und der Wirtschaft entstanden ist. **Wir werden das Papier im Rahmen eines Sonderparteitages zum Thema Bildung am 15. Juni 2013 unseren Parteimitgliedern und der interessierten Öffentlichkeit detailliert präsentieren und den Dialog dazu ermöglichen** (siehe letzte Seite).

Die SVP fordert unter anderem eine Neupositionierung des Berufs und der Funktion des Lehrers mit mehr Verantwortung und

mehr Gestaltungsspielraum zur Zielerreichung, mit anderen Worten also eine Aufwertung dieses Berufs. Es müssen wieder praxis- und führungserfahrene Klassenlehrer im Schulzimmer stehen, die bereit sind, die entsprechende Verantwortung zu übernehmen. Oberstufenlehrer sollten zudem Erfahrung in der Berufswelt ausserhalb der Schule haben und wissen, was

die Schulabgänger erwartet. Heute wird die Verantwortung auf Fachlehrer, Heil- und Sozialpädagogen soweit verteilt, dass die perfekt organisierte Unverantwort-



Das Schulbildungswesen entfernt sich seit mehreren Jahren von den Anforderungen der Arbeitswelt und erlaubt den Jungen nicht mehr sich darauf vorzubereiten.

lichkeit herrscht, also letztlich gar niemand mehr Verantwortung trägt.

Und zum Schluss noch ein Wort an die Politiker und insbesondere die sogenannten Bildungspolitiker, die fast immer nur ein Rezept für die Bildung propagieren, nämlich immer mehr Geld durch den Staat ins System zu pumpen: Üppig vorhandenes Geld, welches für falsche Ausbildung der Lehrer, für falsche Lehrkonzepte, unbrauchbare Lehrmittel, für die Beschäftigung realitätsfremder Bildungstheoretiker und eine Heerschar von Heil- und Sozialpädagogen ausgegeben wird, hilft dem Bildungssystem in keiner Weise, sondern beschleunigt dessen Niedergang.

„Wenn diese Eigenschaften nicht wieder verstärkt werden, müssen in immer grösserem Ausmass ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt werden“

Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

schule notwendig ist. Die Wirtschaft der Schweiz ist für ihren Erfolg und die Besetzung der Arbeitsplätze dringend auf bedarfsgerecht ausgebildete und motivierte junge Schweizerinnen und Schweizer angewiesen. Wenn diese Eigenschaften nicht wieder verstärkt werden, müssen in immer grösserem Ausmass ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt werden,

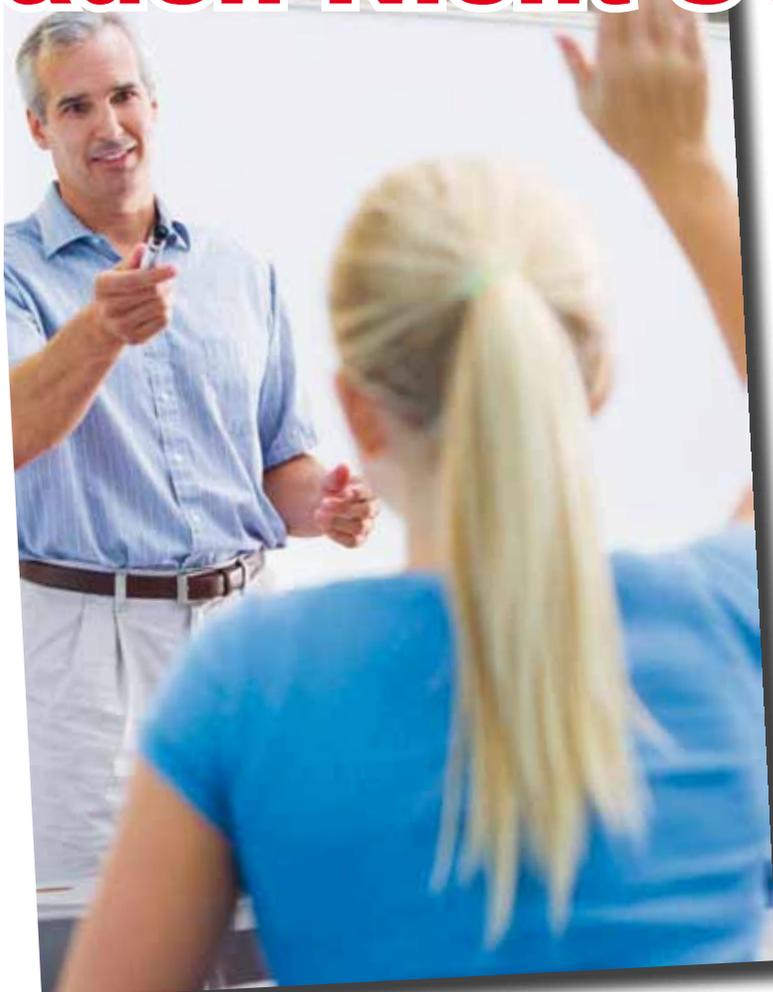


von Nationalrat Adrian Amstutz, Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)



Öffentlicher SVP-Sonderparteitag 15. Juni 2013

**Alle sind herzlich eingeladen -
auch Nicht-SVP-Mitglieder**



Öffentlicher SVP-Sonderparteitag
zur Bildungspolitik

**Leistet die Volksschule noch
einen Beitrag** an die Zukunft
der Schweizer Jugend?

Anlässlich des Sondereparteitags wird Ihnen ein neues Positionspapier der SVP mit dem Titel „**Berufswelt und Volksschule**“ vorgestellt, welches von einer parteiinternen Experten-Gruppe unter Beizug von Lehrlingsverantwortlichen von Schweizer Unternehmen erarbeitet wurde.

Wo und wann der Sonderparteitag genau stattfindet, wird im nächsten SVP-Klartext mitgeteilt.